

Organisationen in allen Betrieben mit der großen Aussprache über das nationale Dokument die Initiative der Werktätigen zur ökonomischen Stärkung unserer Republik weiter entwickeln müssen.

Diese Richtung der politischen Massenarbeit in der Erläuterung des nationalen Dokuments, diese Einheit von Politik und Ökonomie, hat der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Genosse Walter Ulbricht, in seinem Interview mit dem „Neuen Deutschland“⁴⁴ anlässlich der Parteiwahlen präzise herausgearbeitet. Es heißt darin: „Der Maßstab für die Beurteilung der Arbeit der Parteiorganisationen ist der Stand der politischen Erkenntnis der Bevölkerung — besonders was die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands betrifft—; ist die Erfüllung des Planes nach qualitativen und quantitativen Kennziffern, die Einführung der neuen Technik, die Arbeitsmoral und das kulturelle Leben der Werktätigen.“ („Neues Deutschland“, 21. Februar 1962.)

Dieser Bewertung der Parteiarbeit liegt die Einheit von Politik und Ökonomie zugrunde. Auch die Erfahrungen der ideologischen Arbeit zur Weiterführung des Produktionsaufgebotes zeigen die Notwendigkeit, diese Einheit klarer zu erkennen und in der Überzeugungsarbeit besser herauszuarbeiten. Ohne Klärung der politischen Grundfragen gab und gibt es keine realen und dauerhaften ökonomischen Erfolge. Soll die neue Technik angewandt und rationell genutzt werden, geht es um die Einführung von Bestwerten in der Normenarbeit, wird um die Sparsamkeit gerungen — überall wirkt die politische Überzeugung und Haltung der Beteiligten mit. Erst die Klarheit über die sozialistische Perspektive und die Unbesiegbarkeit des sozialistischen Lagers erfüllt die Menschen mit dem unerschütterlichen Optimismus, um die gewiß nicht immer leichten Aufgaben zu lösen. Unklarheiten über den Charakter der Maßnahmen zur Sicherung der DDR vom 13. August 1961, über die Rolle der DDR, über die Lösung der nationalen Frage u. a. sind dagegen ideologische Hemmnisse.

Auf einer Stadtbezirksdelegiertenkonferenz der Partei in Leipzig wurde berichtet, daß in einem großen Leipziger Betrieb nach dem 13. August 1961 viele Ingenieure, die bis dahin Patente und Erfindungen anmeldeten, Zurückhaltung übten. Bis November 1961 gab es dort kaum eine Anmeldung für eine Erfindung oder ein Patent. Eine Genossin sprach daraufhin mit den führenden Ingenieuren darüber und bekam im wesentlichen zur Antwort, daß sie abwarten möchten, wie sich die politische Situation in Deutschland klärt. Die dann folgenden Aussprachen über die nationale Politik unserer Partei waren von großem Nutzen. In den nächsten Monaten gab es mehr Anmeldungen für Erfindungen und Patente als je zuvor.

An diesem Beispiel ist ersichtlich, daß der Kampf um die ökonomische Stärkung unserer Republik auf das engste mit der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Werktätigen zusammenhängt. Parteileitungen und Parteiorganisationen, die dagegen ohne die Diskussion politischer Grundfragen, nur mit Besprechungen über produktionstechnische Fragen zu Ergebnissen im Produktionsaufgebot kommen wollten, mußten bald die Halbheit und Erfolglosigkeit dieses Vorhabens erkennen, weil sie die Einheit von Politik und Ökonomie in ihrer Arbeit mißachtet hatten.

ökonomische Aufgaben auch Sache der Nationalen Front

Die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR, die das 15. Plenum des Zentralkomitees als die gegenwärtig wichtigste Aufgabe zur Verwirklichung unseres nationalen Programms hervorhob, ist eine Sache der ganzen Bevölke-